

**FS-12** Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 02.09.2022

Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

## Antragstext

1 Der russische Angriff auf die Ukraine ab dem 24. Februar 2022 markiert einen historischen  
2 Einschnitt für unsere Friedensordnung in Europa. Vladimir Putin zeigt uns mit diesem  
3 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in aller Deutlichkeit, welche Ziele er verfolgt: Er führt  
4 sein imperialistisches Machtstreben fort und will den Integrationsprozess in Europa  
5 zurückdrehen. Die freie, demokratische Lebensweise in unseren offenen Gesellschaften sieht  
6 er als Bedrohung der eigenen Machtbasis. Die auf dem Selbstbestimmungsrecht beruhende  
7 regelbasierte internationale Ordnung hat er aufgekündigt. Als Demokrat\*innen verteidigen die  
8 Ukrainer\*innen in diesem Krieg daher nicht nur ihr eigenes Territorium, sondern die Freiheit  
9 aller, die in Frieden und Freiheit, in Würde und einer multilateralen, auf  
10 Gleichberechtigung und dem Völkerrecht fußenden internationalen Ordnung leben wollen. Wir  
11 stehen in voller Solidarität an der Seite dieser mutigen Menschen und der Ukraine. Wir  
12 unterstützen sie entschlossen gegen die Aggression Russlands, die sich auch gegen uns selbst  
13 und unsere Art zu leben richtet. Ein Erfolg Putins wäre eine globale Ermutigung für das  
14 Recht des Stärkeren und ein Zurückdrängen der Stärke des Rechts.

15 Die Herausforderung, die Russland für uns bedeutet, nimmt das geeinte Europa an und leitet  
16 dringend notwendige Kurskorrekturen in der eigenen Politik ein. Die Europäische Union und  
17 ihre Mitgliedstaaten haben schnell, geschlossen und mit Klarheit auf die Aggression des  
18 Kremls reagiert. Wir haben Sanktionen erlassen und den Ausstieg aus russischen Fossilien  
19 beschleunigt. Wir leisten humanitäre Hilfe und stellen die unbürokratische Aufnahme von  
20 Geflüchteten sicher. Wir liefern Waffen und bilden ukrainische Soldat\*innen aus. Wir haben  
21 die eigenen militärischen Kapazitäten gestärkt und den Schutz der Mitgliedsstaaten an den  
22 östlichen Grenzen gesteigert. Wir haben einstimmig für einen EU-Kandidatenstatus der Ukraine  
23 und Moldau gestimmt – und unterstützen die Aufnahme Finnlands und Schwedens in die NATO.

24 Der russische Angriffskrieg in der Ukraine führt uns vor Augen, wie fatal es ist, wenn wir  
25 uns von Autokraten und außenpolitisch aggressiven Akteuren abhängig machen. Und wir stellen  
26 fest, wie existentiell eine ausreichende zivile und militärische Wehrhaftigkeit ist. Deshalb  
27 liefern wir Waffen an die Ukraine und wollen das auch weiterhin verstärkt tun, wo nötig auch  
28 aus den Beständen der Bundeswehr und der Industrie. Zur Wehrhaftigkeit gehört auch unsere  
29 Mitgliedschaft in der NATO. Mit ihrer Beistandsverpflichtung garantiert sie als  
30 multilaterales Verteidigungsbündnis unverzichtbaren Schutz für die gemeinsame Sicherheit  
31 Europas und unserer Verbündeten.

32 Gleichzeitig werden wir von unseren tiefsten Überzeugungen als Friedenspartei nicht  
33 abrücken. Auch wenn militärische Mittel aktuell zur Verteidigung des Friedens und zur  
34 Solidarität mit den Menschen in der Ukraine unausweichlich sind, stehen wir im Sinne einer

35 feministischen Außenpolitik langfristig für die Prinzipien von Abrüstung und  
36 Demilitarisierung sowie den Vorrang des Zivilen ein. Feministische Außenpolitik liegt die  
37 Überzeugung zugrunde, dass Geschlechtergerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe  
38 Voraussetzungen für nachhaltigen Frieden und Sicherheit in der Welt sind. Unsere Bemühungen  
39 zur Stärkung von Initiativen zur atomaren Abrüstung und zur Rüstungskontrolle müssen wir  
40 gerade in diesen stürmischen Zeiten erhöhen. In unserem Streben nach einer Welt ohne  
41 Atomwaffen werden wir nicht nachlassen.

42 Die Erschütterungen durch den russischen Angriff sind global und vergrößern vielerorts das  
43 Leid von Millionen unschuldiger Menschen. Putins Aggression hat über einen drastischen  
44 Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise zu einer beispiellosen Ernährungs- und  
45 Versorgungskrise weltweit, insbesondere jedoch in den Staaten des Globalen Südens geführt.

46 Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen schätzt die Zahl der Menschen, die wegen  
47 fehlender Nahrungsmittel in Lebensgefahr oder Existenznot geraten, in diesem Jahr auf 323  
48 Millionen. Davon sind 47 Millionen Menschen allein durch Russlands Krieg in der Ukraine  
49 hinzugekommen.

50 Diese Entwicklung verschlimmert die soziale und wirtschaftliche Situation gerade in den  
51 Staaten, die bereits durch die Klimakrise mit großen Versorgungskrisen zu kämpfen haben, und  
52 erhöht das Risiko interner Konflikte. Diesem perfiden Versuch Putins, die Weltgemeinschaft  
53 zu spalten, müssen wir mit verstärkter Kooperation zwischen den Demokratien und mehr  
54 multilateralem Engagement bei der Bewältigung der globalen Krisen entschieden entgegenreten  
55 – insbesondere in den Bereichen Klimaschutz und Energie, Ernährung und Konfliktbearbeitung.  
56 Denn die weltweite Sicherheit hängt nicht vom simplen „für oder gegen“ Russland und China  
57 ab, sondern von der Frage, wer das Völkerrecht und damit die Gleichberechtigung aller  
58 Staaten als Grundlage für die internationale Friedensordnung akzeptiert, respektiert und  
59 verteidigt; und welche Staaten stattdessen auf eine Politik des Großmachtstrebens setzen.  
60 Als Grüne treten wir entschlossen für die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten  
61 Prinzipien des internationalen Rechts ein. Wir werden es nicht zulassen, dass Freiheit durch  
62 Unterdrückung, Demokratie durch Diktatur und Würde durch Erniedrigung ersetzt werden.

63 Der Erhalt der internationalen Friedensordnung kann nach dem Angriff Russlands auf die  
64 Ukraine nur dann gelingen, wenn wir uns klar auf die Prinzipien einer wertegeleiteten  
65 Außenpolitik sowie eines breiten, modernen Sicherheitsbegriffs verständigen – und auch  
66 danach handeln. Dieser Sicherheitsbegriff muss das Digitale zum Schutz unserer Demokratie  
67 vor Destabilisierungsversuchen von Staaten wie Russland umfassen. Und er muss die  
68 menschliche Sicherheit im Mittelpunkt haben. Grüne Friedenspolitik heißt, sich genau dieser  
69 Prinzipien immer wieder zu vergewissern, sie im Angesicht der Bedrohung der globalen  
70 Friedensordnung zu schärfen und sich in der Regierung für ihre Umsetzung einzusetzen.

### 71 **Für menschliche Sicherheit und eine feministische Außenpolitik**

72 Unser umfassender Sicherheitsbegriff bietet ein effektives Instrument zur Prävention und  
73 Bearbeitung von Konflikten und Krisen sowie zur Überwindung struktureller Gewalt. Wir denken  
74 dabei Sicherheit vom Menschen aus, der mit seiner Würde und Freiheit im Zentrum unserer  
75 Politik steht. Hierbei holen wir in Deutschland lange Versäumtes nach und nehmen auch  
76 vergleichsweise neue sicherheitspolitische Bedrohungen sehr entschlossen in den Blick. Die  
77 Stärkung der Menschenrechte, die Prävention von Krisen und das gewaltfreie Handeln im Umgang  
78 mit Konflikten stehen immer im Zentrum unserer Außen- und Sicherheitspolitik.

79 Ein zentraler Bestandteil unseres Verständnisses von Sicherheit ist auch eine feministische  
80 Außenpolitik. Sie steht für die Umsetzung der Menschenrechte aller, die Gleichberechtigung  
81 der Geschlechter, die Überwindung struktureller Ungleichstellung marginalisierter Gruppen –  
82 beispielsweise von Indigenen, von Rassismus Betroffenen oder LSBTIQ\* –, für die gerechte

83 Verteilung von Macht und Ressourcen sowie ein Leben in Würde und Selbstbestimmung aller.  
84 Zahlreiche Forschungen belegen einen starken Zusammenhang zwischen Geschlechtergerechtigkeit  
85 und Frieden. Die Überwindung der vorherrschenden strukturellen Gewalt gegen Frauen und  
86 marginalisierte Gruppen ist Voraussetzung für nachhaltigen Frieden und umfassende  
87 menschliche Sicherheit. Unsere Außenpolitik und alle Politikfelder müssen daher in  
88 Kooperation mit feministischen Akteur\*innen ausnahmslos und institutionell verankert  
89 intersektional-feministisch ausgerichtet werden.

90 Unser Handeln darf Konflikte nicht befördern oder anderen Staaten in ihrer nachhaltigen  
91 Entwicklung schaden. Deshalb setzen wir uns für die Entwicklung von ressortübergreifenden  
92 Mechanismen ein, durch die politische Vorhaben mit deutlichem Außenbezug vor deren Umsetzung  
93 auf ihre präventionsfördernde und krisenverschärfende Wirkung hin überprüft werden können.

94 Mittel für zivile friedensfördernde Maßnahmen – beispielsweise im Rahmen der zivilen  
95 Krisenprävention, partnerschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe oder  
96 zivilgesellschaftlicher Kooperationen wie Austauschprogrammen und dekolonialen Initiativen –  
97 müssen gerade angesichts der aktuellen Weltlage umfassend und adäquat aufgestockt werden.  
98 Dies gilt auch für Frühwarnsysteme für Konflikte und gestärkte Analysefähigkeit. Durch  
99 solche zivile Maßnahmen können strukturelle Marginalisierungen, Konflikte und damit  
100 menschliches Leid in ihrer Intensität langfristig reduziert oder gar verhindert werden. Dies  
101 führt zu nachhaltiger Stabilisierung und einer Verbesserung der Menschenrechtslage in den  
102 betroffenen Staaten und Regionen.

103 In akuten Konflikten und Notsituationen müssen wir schließlich versuchen, durch rasche  
104 humanitäre Hilfe die dringendsten Sicherheitsbedürfnisse der Betroffenen zu erfüllen. Das  
105 Engagement für Geflüchtete aus der Ukraine sowie die zügige und umfangreiche Bereitstellung  
106 von humanitärer Hilfe in der Ukraine selbst sind dafür gute Beispiele. Das System der  
107 humanitären Hilfe ist aktuell jedoch finanziell und institutionell überfordert. Wir setzen  
108 uns international für eine Reform und bessere Finanzierung des humanitären Systems ein. Auch  
109 bei der Eindämmung der von Russland massiv verschärften Ernährungskrise hilft die  
110 Bundesregierung mit umfangreichen akuten Nahrungsmittelhilfen, der Bekämpfung von Dürren  
111 oder der Unterstützung ukrainischer Getreideexporte durch den Aufbau alternativer  
112 Transportwege. Dabei ist es wichtig, dass wir die weltweite Ernährungskrise mit Klimaschutz  
113 und Biodiversität zusammen denken. Langfristig können wir die Ernährung der Weltbevölkerung  
114 nur sichern, wenn wir entschlossen gegen die Klimakrise und den Biodiversitätsverlust  
115 vorgehen.

116 Die größte Herausforderung für die menschliche Sicherheit in unserer Zeit ist und bleibt die  
117 Klimakrise. Sie bedroht das Leben von Millionen von Menschen sowie Frieden und Stabilität  
118 weltweit. Globaler Klimaschutz verhindert daher nicht nur Konflikte mit all ihren negativen  
119 Folgen. Fossile Energieträger, die uns in die Klimakatastrophe führen, setzen uns im  
120 Umkehrschluss auch in Abhängigkeit von autokratischen und imperialistischen Akteur\*innen,  
121 wodurch unsere wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielräume massiv eingeschränkt  
122 werden. Klimaschutzpolitik ist Friedens- und Sicherheitspolitik. Deshalb müssen wir die  
123 Transformation hin zur Klimaneutralität noch verbindlicher und energischer vorantreiben – in  
124 Deutschland und weltweit. Auch wenn uns der russische Angriff auf die Ukraine dazu nötigt,  
125 neben dem nun noch schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien vorübergehend vermehrt auf  
126 fossile Energieträger zurückzugreifen, ist klar, dass dies nur dazu dienen kann, die Zeit zu  
127 überbrücken, bis wir die Abhängigkeit von russischem Gas beendet haben. Der 1,5-Grad-Pfad  
128 ist und bleibt Richtschnur unseres Handelns.

129 Starke Abhängigkeiten beim Import von Rohstoffen und Bauteilen, aber auch das blinde  
130 Vertrauen auf vermeintlich störungsfreie Lieferketten gefährden unsere ökonomische  
131 Sicherheit und damit auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

132 Wir schreiben kollektive Sicherheit groß; gerade unsere Bündnisse und Partnerschaften haben  
133 uns in den letzten Jahren den historisch einzigartigen Frieden in Europa gebracht. Dazu  
134 gehört die Bündnis- und Europafähigkeit der Streitkräfte. Als Partei haben wir in unserer  
135 Geschichte gelernt, dass in einzelnen Fällen die Unterlassung militärischen Beistands zu  
136 weit größerem Leid führen kann. Die Anwendung militärischer Gewalt bleibt Ultima Ratio.  
137 Militär bringt niemals die Lösung, aber es schafft manchmal Zeitfenster, in denen Konflikte  
138 im Rahmen einer regelbasierten Weltordnung politisch gelöst werden können. Im Sinne der  
139 menschlichen Schutzverantwortung der Vereinten Nationen verpflichten wir uns, Menschen vor  
140 schwersten Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Dabei wenden wir eine Kombination aus  
141 Maßnahmen zur Krisenprävention, Krisenreaktion und Krisennachsorge bzw. Wiederaufbau an.

142 Angesichts unseres umfassenden Sicherheitsbegriffs reicht ein Sondervermögen für die  
143 Bundeswehr allein nicht aus. Wir setzen uns daher weiterhin für den Ausbau der Kapazitäten  
144 für zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, Diplomatie und humanitäre Hilfe, die  
145 Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie für Stabilisierung und  
146 Entwicklungszusammenarbeit ein. Das Sondervermögen für die Bundeswehr schafft jedoch  
147 notwendige Finanzspielräume, die es dringend braucht, damit die Bundeswehr ihren Beitrag zur  
148 Landes- und Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO besser und unter neuen Vorzeichen auch  
149 schneller leisten kann, ohne dass die Mittel im Haushalt für den notwendigen ökologisch-  
150 sozialen Umbau unserer Gesellschaft fehlen.

151 Zur notwendigen Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit gehören auch Maßnahmen zur  
152 Cybersicherheit, die Ertüchtigung von Partnerstaaten und der Zivilschutz. Eine ausreichende  
153 Bereitstellung von entsprechenden Mitteln aus dem Bundeshaushalt ist hierfür von großer  
154 Wichtigkeit. Besonders gilt es, die nachhaltige Stärkung der Resilienz unserer Gesellschaft  
155 in den Blick zu nehmen.

156 Zurecht wurde in den vergangenen Jahren immer wieder eindringlich auf die Notwendigkeit  
157 hingewiesen, als Rechtsstaat und wehrhafte Demokratie insbesondere dem aggressiven Agieren  
158 Russlands im Digitalen entschlossen zu begegnen. Hier sind große Defizite entstanden, die  
159 nun angegangen werden müssen. Dies betrifft insbesondere die Bekämpfung von Russlands  
160 Unterstützung extremistischer Kräfte in demokratischen Staaten sowie von bewusst lancierter  
161 Desinformation mit dem Ziel, demokratische Gesellschaften zu spalten. Auch die Abwehr  
162 weitreichender IT-Angriffe auf Einzelpersonen, Unternehmen und demokratische Institutionen  
163 gehört dazu. Es braucht deshalb jetzt eine konsequente Um- und Durchsetzung des Digital  
164 Services Act.

165 Die zahlreichen, im Koalitionsvertrag verankerten Projekte zur Stärkung von Resilienz gilt  
166 es, schnellstmöglich umzusetzen. Dazu gehört unser Einsatz für unabhängige, gut  
167 ausgestattete Aufsichtsbehörden sowie für die stärkere Verzahnung der verschiedenen zivilen  
168 Akteur\*innen aus den Bereichen IT-Sicherheit (u.a. das Bundesamt für Sicherheit in der  
169 Informationstechnik, BSI) und Zivilschutz (u.a. das Bundesamt für Bevölkerungsschutz, BBK).  
170 Das große gesellschaftliche Knowhow in diesem Bereich sollte dabei sehr viel stärker als  
171 bisher eingebunden werden, bspw. durch die Schaffung eines beim Technischen Hilfswerk (THW)  
172 angesiedelten „Cyberhilfswerks“.

173 Freier und offener Software sowie einer von monopolartigen Strukturen unabhängigen  
174 Verwaltung kommt eine immens wichtige Bedeutung zu. Einrichtungen wie das Zentrum für  
175 Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) müssen weiter gestärkt werden.  
176 Insgesamt müssen wir bei der IT-Sicherheit von einem rein reaktiven Vorgehen wegkommen, das  
177 erst greift, wenn Angriffe erfolgreich waren und diejenigen noch bestraft, die Opfer wurden.  
178 Stattdessen müssen wir proaktiv in die Härtung digitaler Infrastrukturen investieren und  
179 hierbei beste IT-Sicherheitstechnik zum Standard machen. Diejenigen, die von sich aus in  
180 gute IT-Sicherheit investieren wollen, müssen staatlicherseits sehr viel stärker als bisher

181 auch finanziell unterstützt werden, zum Beispiel durch vereinfachte Abschreibungsmodalitäten  
182 oder Steuererleichterungen. Schließlich ist es geboten, den staatlichen Handel mit  
183 Sicherheitslücken schnellstmöglich zu beenden. Denn werden solche Lücken nicht konsequent  
184 innerhalb eines rechtsstaatlichen Verfahrens geschlossen, stehen sie immer auch kriminellen  
185 Dritten und den Geheimdiensten nicht befreundeter Staaten offen.

186 Nur wenn wir Sicherheit in dieser Breite denken, können wir es erfolgreich mit den enormen  
187 friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit aufnehmen. Dieses breite  
188 Verständnis von Sicherheit sollte sich auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie der  
189 Bundesregierung widerspiegeln, mit der sie die konzeptionellen Voraussetzungen für eine  
190 Sicherheitspolitik der Zukunft schaffen möchte.

### 191 **Das Friedensversprechen der Europäischen Union erneuern**

192 Die Europäische Union ist unsere Garantie für Frieden – ihr Versprechen wollen wir erneuern.  
193 Sie hat als Raum der Sicherheit und Freiheit, der Demokratie und des Rechts weiterhin eine  
194 große Strahlkraft. Sie ist Leitstern für Demokrat\*innen in der Westbalkanregion, in der  
195 Ukraine, in Moldau, in der Türkei, in Georgien, Belarus und für viele Menschen in anderen  
196 Ländern. Sie bleibt Hoffnungsträgerin für die Zusammenarbeit und Partnerschaften mit den  
197 Zivilgesellschaften, die sich überall auf der Welt für Menschenrechte einsetzen und sich ein  
198 Leben frei von Unterdrückung, Korruption und Willkür wünschen. Eine starke und  
199 handlungsfähige EU ist unser zentraler und unverzichtbarer Referenzrahmen für die  
200 Verteidigung unseres internationalen Zusammenlebens, für den Schutz von Menschen weltweit,  
201 aber auch für die vielen globalen Konflikte und Krisen, deren Bewältigung unser Ziel sein  
202 muss.

203 Wir begrüßen den neuen EU-Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine und die Republik Moldau  
204 sowie die Beitrittsperspektive für Georgien. Wir wollen diese Staaten, genau wie die  
205 verbleibenden Länder des Westbalkans, mit neuem Engagement auf ihrem Weg in die EU  
206 unterstützen.

207 Die Europäische Union reagiert und agiert in der Krise gemeinsam und mit Stärke. Wir sehen  
208 jedoch auch, dass wir jetzt keine Zeit verlieren dürfen, diese Stärke weiter auszubauen, um  
209 die Souveränität der EU voranzubringen und die auf den Prinzipien der UN-Charta basierende  
210 internationale Ordnung zu verteidigen. Die EU ist nun gefordert, ihr Friedensversprechen zu  
211 erneuern – und die Demokratie und den Frieden in ihrer direkten Nachbarschaft entschieden zu  
212 verteidigen.

213 Wir stehen im gesellschaftspolitischen und systemischen Wettbewerb mit den autokratischen,  
214 demokratieverachtenden und das Recht des Stärkeren verherrlichenden Regimen unserer Zeit.  
215 Angesichts dieser Herausforderungen brauchen wir eine handlungsfähigere EU. Deshalb gehört  
216 die Intensivierung der geplanten EU-Erweiterungen verbunden mit institutionellen Reformen zu  
217 den jetzt anstehenden Aufgaben. Damit können wir angesichts des fortschreitenden Krieges  
218 gewährleisten, dass unsere Sicherheit ebenso gewahrt bleibt wie die politische und  
219 wirtschaftliche Stabilität der EU. Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf diese  
220 Faktoren müssen wir im Blick haben. Auch deshalb müssen wir die negativen sozialen und  
221 wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges für die Menschen in Deutschland und der EU  
222 bestmöglich abfedern.

223 Die durch breite Bürgerbeteiligung erzielten Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas  
224 liefern für die Reform der EU wichtige Anstöße, die wir weiterverfolgen wollen:  
225 Energieunabhängigkeit, mehr Investitionen in engagierten Klimaschutz, eine bessere IT-  
226 Sicherheit und erhöhte Resilienz unserer Gesellschaften, strategische Souveränität,  
227 Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik, mehr integrierte gemeinsame  
228 Streitkräfte zur Selbstverteidigung, ein Initiativrecht für das EU-Parlament sowie der

229 Schutz und Ausbau von Rechtsstaatlichkeit – all das sind konstruktive Vorschläge für eine  
230 handlungsfähigere und strategisch souveränere EU. Sie gilt es nun, ernsthaft zu prüfen,  
231 weiterzuentwickeln und entschlossen voranzubringen.

232 Die Tür für eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union muss für alle Staaten mit  
233 Beitrittsperspektive offen bleiben. Hebel der EU für tiefgreifende Reformen in den  
234 Kandidatenländern dürfen nicht aus der Hand gegeben werden. Und auch die bewährten  
235 Institutionen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stehen nicht zur Disposition:  
236 Vielmehr gilt es für die EU, auch vor dem Hintergrund des künftigen Jubiläums der Konferenz  
237 für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Geist und Wort der Schlussakte von Helsinki und  
238 der Charta von Paris zu bekräftigen.

239 Die EU ist nach außen vor allem dann glaubwürdig, wenn sie die Integrität unserer Werte und  
240 Normen auch nach innen schützt. Wir wollen die europäische Rechtsstaatlichkeit etwa durch  
241 eine Rechtsstaatskommission oder eine Europäische Staatsanwaltschaft stärken und den  
242 Anwendungsbereich der EU-Grundrechtecharta auf nationales Recht ausweiten, damit alle EU-  
243 Bürger\*innen die gleichen einklagbaren Grundrechte erhalten. Der Abbau von Grundrechten und  
244 -freiheiten darf weder belohnt noch ignoriert werden. Wir begrüßen daher die überfällige  
245 Aktivierung des Konditionalitätenmechanismus als eines der Instrumente zum Schutz der  
246 europäischen Rechtsstaatlichkeit, das konsequent angewendet werden muss. Effektive  
247 Instrumente zum Schutz der Grundprinzipien der EU sind heute – neben institutionellen  
248 Reformen – umso wichtiger, als dass der russische Angriffskrieg das entschiedene Vorgehen  
249 gegen Rechtsstaats- und Demokratiedefizite einiger EU-Länder erschweren könnte, wenn  
250 einstimmige sicherheitspolitische Entscheidungen der EU-Mitgliedsstaaten notwendig sind.  
251 Deshalb gilt es, den Moment zu nutzen, und mutig und entschlossen die Handlungsfähigkeit der  
252 EU auszubauen – zur Not auch, indem im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit einzelne  
253 Staaten gemeinsam vorangehen.

254 Zur Glaubwürdigkeit der EU gehört auch ein menschenrechtskonformer Umgang mit Geflüchteten  
255 an den EU-Außengrenzen. Wir treten weiterhin für eine europäisch getragene und staatlich  
256 koordinierte Seenotrettung ein. Einer Zusammenarbeit mit in Menschenrechtsverletzungen  
257 involvierten Akteur\*innen in der europäischen Nachbarschaft sowie der Kriminalisierung von  
258 Seenotretter\*innen stellen wir uns entgegen. Pushbacks nationaler Grenzpolizeien oder ihre  
259 Unterstützung bzw. Duldung durch die europäische Grenzschutzbehörde Frontex darf es in der  
260 EU nicht geben. Verstöße müssen lückenlos und transparent aufgeklärt sowie konsequent  
261 geahndet werden. Mit Blick auf die in der EU ankommenden Menschen treten wir im Sinne einer  
262 fairen Verantwortungsteilung für eine Weiterentwicklung des Malta-Mechanismus ein.

263 Der unbürokratische Umgang mit den ukrainischen Geflüchteten in der EU ist beispielhaft und  
264 zeigt, dass es auch anders gehen kann. Massenlager und humanitäre Notlagen an den  
265 Außengrenzen konnten trotz der hohen Zahl an Geflüchteten verhindert werden. Die in dieser  
266 Notsituation angewendeten Lösungsansätze müssen für die zukünftige EU-Migrationspolitik eine  
267 Blaupause sein. So überwinden wir endlich die Ungleichbehandlung von Schutzsuchenden.

#### 268 **Für Kooperation und Multilateralismus auch in Zeiten des Konflikts**

269 Globale Zusammenarbeit ist angesichts globaler Herausforderungen so notwendig wie nie.  
270 Gleichzeitig wird Kooperation im Angesicht multipler Krisen schwieriger; die Welt droht an  
271 globaler Governance zu verlieren. Wir müssen deshalb bestehende Kooperationsansätze  
272 europäisch denken, stärken und weiterentwickeln.

273 Die NATO ist gerade in dieser neuen Zeit eine unverzichtbare Akteurin für unsere Sicherheit.  
274 Das Zusammenrücken angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine darf jedoch  
275 nicht über Spannungen innerhalb des Bündnisses hinwegtäuschen. Es gilt, den demokratischen  
276 europäischen Pfeiler in der neuen, erweiterten NATO zu stärken. Die transatlantische

277 Partnerschaft mit den USA bleibt dabei zentraler Stützpfeiler. Doch diese Stärke hängt auch  
278 von der weiteren innenpolitischen Entwicklung der US-Demokratie ab. Auch sind die  
279 wiederholten völkerrechtswidrigen Interventionen der Türkei gegen die Kurd\*innen in Syrien  
280 und im Irak wie auch der Abbau der eigenen Rechtsstaatlichkeit mit dem Anspruch der NATO als  
281 Wertebündnis nicht vereinbar.

282 Die Vereinten Nationen bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus.  
283 Wir wollen sie weiter stärken und schützen. Die UN-Institutionen versorgen weltweit  
284 Millionen Geflüchtete. Sie stellen Bildungsmöglichkeiten, Nahrung und Gesundheitsleistungen  
285 zu Verfügung. Sie vermitteln in Kriegen und Konflikten. Und sie sind der Rahmen, in dem die  
286 wichtigsten multilateralen Abkommen verhandelt werden. Gleichzeitig sind sie schon lange  
287 reformbedürftig. Der Sicherheitsrat ist infolge des Missbrauchs des Vetorechts insbesondere  
288 durch Russland und China in vielen zentralen Fragen blockiert, was eine konstruktive  
289 Bearbeitung von Konflikten etwa in Libyen oder im Jemen, in Afghanistan oder Syrien  
290 erheblich erschwert – und zu teils schwerem menschlichem Leid führt. Als Antwort auf diese  
291 Blockade hat die UN-Generalversammlung mit der Verurteilung des russischen Angriffskrieges  
292 auf die Ukraine durch 141 Mitglieder gezeigt, wozu sie im Krisenfall durch Kooperation in  
293 der Lage ist.

294 Wir unterstützen Reformideen und Mechanismen wie die in der Resolution 377 der UN-  
295 Generalversammlung „Uniting for Peace“ festgeschriebene Möglichkeit, im Fall einer Blockade  
296 Empfehlungen für Kollektivmaßnahmen an seine Mitglieder auszusprechen. Die Beschlüsse der  
297 Generalversammlung verleihen notwendigen Maßnahmen auch im Fall eines Vetos durch ein  
298 Sicherheitsratsmitglied Legitimation. Deutschland muss im EU-Rahmen ein Mittler und ein  
299 verlässlicher Geldgeber der Vereinten Nationen sein. Zudem muss es sich verstärkt an  
300 Blauhelm-Missionen der UN beteiligen. Auch in den Vereinten Nationen muss die gemeinsame  
301 europäische Stimme stärker werden.

302 Die EU muss global als Friedensmacht Verantwortung übernehmen. Vor allem, wenn die Vereinten  
303 Nationen blockiert sind, muss sie für die Wahrung der Allgemeinen Menschenrechte, die UN-  
304 Konventionen sowie die Paris-Deklaration und die Agenda 2030 in möglichst transparenten und  
305 inklusiven internationalen Zusammenschlüssen agieren. Dazu zählen zum Beispiel die G-7 und  
306 G-20, die NATO, das transatlantische Bündnis und themenspezifische Allianzen. Die Bildung  
307 flexibler Koalitionen und Allianzen sollte aber auch in bestehende Partnerschaften und  
308 Kooperationsformate eingebettet sein (z.B. AU-EU-Partnerschaft, Allianz für  
309 Multilateralismus) und offen gestaltet werden.

### 310 **Autokraten entschieden begegnen**

311 Von autokratischen Staaten und Bewegungen gehen weltweit Gefahren für Menschenrechte,  
312 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aus. Vor allem diejenigen, die auch imperialistische  
313 Bestrebungen verfolgen, missachten die Regeln der Kooperation und bedrohen die  
314 internationale Rechtsordnung. Zudem besteht bei solchen Akteur\*innen ein hohes Risiko, dass  
315 sie durch ihr Agieren zwischenstaatliche Spannungen einschließlich Risiken für unsere eigene  
316 Sicherheit erzeugen sowie schwierige Hindernisse für die Bewältigung gemeinsamer globaler  
317 Aufgaben schaffen.

318 Vor diesem Hintergrund müssen wir die Kooperationen mit Demokratien weltweit stärken und uns  
319 besser vor Bedrohungen unserer offenen Gesellschaft und unserer Sicherheit wappnen. Es kann  
320 bei Regelbrecher\*innen keine Rabatte geben. Und zu den Regeln gehören die universellen  
321 Menschenrechte, das Gewaltverbot der UN-Charta und die staatliche Souveränität. Das  
322 Paradigma „Wandel durch Handel“ ohne klare Bedingungen ist gescheitert. Unsere  
323 Wirtschaftsaußenpolitik muss kohärent zu unseren außenpolitischen Zielen und Leitlinien  
324 sein.

325 Wir sind gefragt, autokratischen Staaten gegenüber unterschiedliche Kooperationsangebote  
326 nach Themenfeldern anzubieten, diese regelmäßig auf ihre Auswirkungen auf menschliche  
327 Sicherheit zu evaluieren und bei Bedarf Konsequenzen zu ziehen. Der Klimaschutz als  
328 Menschheitsaufgabe verpflichtet zur größtmöglichen Kooperation weltweit. Aber auch dann  
329 müssen Menschenrechtsverstöße und sie begünstigende Faktoren angesprochen und auf ihre  
330 Beseitigung hingearbeitet werden. Sektorale Abhängigkeiten müssen wir durch  
331 Diversifizierung entgegentreten, unsere Lieferketten aktiv resilienter, gerechter und  
332 europäischer aufstellen.

333 Die Abhängigkeit von russischem Gas schränkt unsere heutigen Reaktionsmöglichkeiten auf  
334 diesen Krieg erheblich ein. Nord Stream 2 hätte nie gebaut werden dürfen. Denn das Projekt  
335 war nicht nur klima- und energiepolitisch, sondern auch europa- und geopolitisch falsch. Die  
336 heutige Lage belegt einmal mehr, dass der Ausbau erneuerbarer Energien und alle  
337 Anstrengungen für mehr Klimaschutz eine zentrale Dimension von Sicherheitspolitik  
338 darstellen.

339 Das revisionistische Russland unter Vladimir Putin stellt eine Bedrohung der Sicherheit und  
340 Freiheit der Menschen in Europa dar. Wir suchen nicht die Konfrontation, sondern sind zu  
341 Kommunikation, gezielter Kooperation, zum Risikomanagement, zur Eskalationsvermeidung und  
342 Transparenz der Beziehungen bereit. Ein Partner wird Russland für uns aber nur in dem Maße  
343 sein können, wie es sich an internationales Recht hält. Unser Leitbild ist das gleiche Recht  
344 aller Staaten, wie es die UN-Charta vorsieht. Dabei treten wir für die Souveränität und  
345 territoriale Integrität aller Länder ein. Einer Ideologie, die auf das Recht des Stärkeren  
346 setzt, setzen wir die Herrschaft des Rechts entgegen.

347 Die Hegemonie-Ambitionen Chinas und seine aggressive Außenpolitik berühren unsere Werte und  
348 Interessen wie auch unsere Sicherheit. China negiert in vielen Bereichen die internationale  
349 Rechtsordnung. Die Niederschlagung der Demokratie-Bewegung in Hongkong, die aggressiven  
350 Drohungen gegen Taiwan, die schweren Menschenrechtsverbrechen gegen die Uigur\*innen und die  
351 aggressive Expansionspolitik im südchinesischen Meer sind dafür exemplarisch. China versucht  
352 zudem immer öfter, seine wirtschaftliche Kraft zur Schaffung von Abhängigkeiten zu nutzen.  
353 Dem treten wir entschlossen entgegen. Dafür müssen wir auch national unsere Abhängigkeiten  
354 überprüfen und auf eine Strategie der wirtschaftlichen Diversifizierung setzen. Unter  
355 Berücksichtigung der systemischen Rivalität sind wir, wo möglich, zur Zusammenarbeit bereit  
356 und scheuen dabei nicht den Wettbewerb.

357 Russland und China weisen beide, trotz erheblicher Interessensunterschiede, eine gemeinsame  
358 autokratische Haltung auf, die die völkerrechtlich verbrieft Gleichberechtigung aller  
359 Staaten ablehnt. Auch vor diesem Hintergrund müssen wir verstärkt in unsere Partnerschaften  
360 investieren – gerade auch mit Ländern Afrikas, Lateinamerikas, der Karibik und im asiatisch-  
361 pazifischen Raum. Dazu zählt die Initiative Global Gateway der EU-Kommission. Einseitige  
362 wirtschaftliche Abhängigkeiten wollen wir durch gemeinsame europäische Resilienz-Politik  
363 überwinden. Gegen Autoritarismus bleiben Demokratieförderung, insbesondere Maßnahmen zur  
364 Ausweitung von Räumen für die Zivilgesellschaft, zur Bekämpfung von Korruption und  
365 Nepotismus sowie die konkrete Solidarität für Menschenrechtsverteidiger\*innen notwendig.  
366 Eine demokratische Front für die Schaffung von Regularien, um autokratische Mächte auch in  
367 ihrer digitalen Kriegsführung in die Schranken zu weisen, ist Teil davon.

### 368 **Vorrang für Abrüstung und Rüstungskontrolle**

369 Der Vorrang für Abrüstung und Rüstungskontrolle war, ist und bleibt das zentrale Merkmal von  
370 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Friedenspartei. Dies gilt für alle Waffensysteme, ob nuklear,  
371 kleinkalibrig oder digital. Wir sehen die Gefahr regionaler und internationaler  
372 Aufrüstungsspiralen, die oft Eskalationsdynamiken und Unsicherheit befeuern. Daher wollen  
373 wir gerade in unsicheren Zeiten Rüstungskontrolle – auch für digitale Güter – stärken,



374 Abrüstungsinitiativen wiederbeleben und, wo möglich, neue anstoßen. Die Stärkung des  
375 Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) muss im Zentrum unserer Bemühungen  
376 bleiben. Der Atomwaffenverbotsvertrag, bei dem Deutschland einen Beobachterstatus innehat,  
377 stellt eine wichtige Ergänzung des NVV dar. Trotz der enormen Herausforderungen durch die  
378 aktuelle Lage müssen wir uns zudem für ein Nachfolgeabkommen zum New-START-Vertrag  
379 einsetzen. Das Ziel unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie Welt.

380 Als Grüne setzen wir uns seit langem für eine restriktive transparente und  
381 verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik ein. Für uns ist die Ausfuhr von Waffen kein  
382 Instrument der Industriepolitik. Die Regelungen zur Rüstungsexportkontrolle auf deutscher  
383 Ebene wollen wir mit einem Rüstungsexportkontrollgesetz stärken und uns auf EU-Ebene dafür  
384 einsetzen, ein verbindliches Regime zur europäischen Waffenexportkontrolle zu schaffen. Die  
385 von uns stets eingeforderte restriktive Rüstungsexportpolitik bleibt der Maßstab unseres  
386 Handelns. Das bedeutet, dass Exporte von Waffen an Diktaturen und  
387 Menschenrechtsverletzer\*innen beendet werden müssen.

388 Unter dieser Maßgabe bedeutet das Selbstverteidigungsrecht nach Art. 51 der UN-Charta für  
389 uns als Friedenspartei, dass Staaten, die bedroht oder angegriffen werden, auch mit der  
390 Lieferung von Waffen unterstützt werden können. Davon unberührt müssen Exporte von Waffen,  
391 die zur Verletzung von Menschenrechten, für politische Aggressionen und diktatorische  
392 Repressionen eingesetzt werden, unterbunden werden, denn sie gefährden die Sicherheit und  
393 den Frieden weltweit. Gleichzeitig muss ausgeschlossen werden, dass Rüstungsgüter, die wir  
394 heute liefern, in Zukunft in die falschen Hände geraten. Bei Exporten sollen darum strenge,  
395 verbindliche und differenzierte Endverbleibs- und Post-Shipment-Kontrollen gesetzlich fest-  
396 und vorgeschrieben werden. Dies gilt auch für digitale Überwachungstools, beispielsweise  
397 identifizierende Gesichtserkennungssoftware, die es autokratischen Regierungen ermöglichen,  
398 unliebsame Aktivist\*innen, Menschenrechtsverteidiger\*innen, Medienschaffende oder  
399 Minderheiten zu verfolgen.

400 Um das beschlossene Sondervermögen sinnvoll nutzen zu können, müssen das Beschaffungswesen  
401 reformiert und die Beschaffungsmaßnahmen beschleunigt werden. Das beschlossene  
402 Beschaffungsbeschleunigungsgesetz ist hierfür ein erster wichtiger Schritt. Weitere Schritte  
403 in Richtung vertiefter europäischer Zusammenarbeit müssen folgen. Vor diesem Hintergrund ist  
404 auch die Stärkung eines eigenständigen europäischen Rüstungssektors von Bedeutung. Dazu  
405 gehört insbesondere die Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie – und dass  
406 Beschaffungen europäisch gedacht werden sollten, denn nationale Alleingänge sorgen nicht nur  
407 für höhere Preise, sondern auch für eine geringe Kompatibilität und Interoperabilität  
408 zwischen den Streitkräften.

#### 409 **Für eine gesicherte und gerechte Welternährung – eine Strukturpolitik gegen die globalen** 410 **Krisen**

411 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die bereits bestehenden globalen Krisen noch  
412 weiter verschärft. Der Ausfall der Getreideexporte aus der Ukraine und Russland offenbart  
413 die Abhängigkeiten insbesondere der Länder des Globalen Südens von Nahrungsmittelimporten  
414 und verstärkt die Hungerkrise. Auch die Verschuldungskrise nimmt ihnen fiskalischen  
415 Spielraum, um angemessen auf die steigenden Nahrungsmittel- und Energiepreise, auf die  
416 Auswirkungen der Klimakrise oder Pandemien reagieren zu können. Dringend nötige  
417 Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung und Transformation – im Sinne der Ziele für  
418 nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 (SDGs) und der Pariser Klimaziele – unter anderem  
419 für eine Agrar-, Energie- und Mobilitätswende bleiben somit auch wegen dieser Dynamiken aus.  
420 Um globale Gerechtigkeit voranzutreiben, wollen wir die Polykrisen unserer Zeit gemeinsam  
421 mit unseren Partner\*innen effektiv bekämpfen, Ungleichheiten abbauen und resiliente sowie

422 demokratische Strukturen und Zivilgesellschaften stärken. Entwicklungspolitik verstehen wir  
423 als eine gerechte und geostrategische Strukturpolitik.

424 Unser koloniales Erbe mahnt uns, uns für das Aufbrechen globaler Machtstrukturen einzusetzen  
425 und eine dekoloniale Strukturpolitik umzusetzen. Wir wollen unter anderem  
426 Stimmrechtsreformen bei den Entwicklungsbanken anstoßen, um für ein gerechteres  
427 Stimmverhältnis zu sorgen.

428 Ein wichtiger Schritt hin zur Ernährungssouveränität ist Verteilungsgerechtigkeit.  
429 Landwirtschaftliche Flächen sollen stärker für lokale Lebensmittelproduktionen und weniger  
430 für Treibstoffe, Futtermittel oder für den Verkauf vorgesehene Anbaufrüchte verwendet  
431 werden. Der Anbau sollte entsprechend der Nachfrage mehr auf lokale und regionale  
432 klimaresiliente Sorten gefördert und lokal vermarktet werden. Dies muss folgerichtig  
433 einhergehen mit einer Reduktion des Treibstoffverbrauchs und des Fleischkonsums vor allem in  
434 den Ländern des Globalen Nordens. Die Rechte von Kleinbauern und  
435 -bäuerinnen wollen wir stärken. Dabei spielen insbesondere Landrechte – gerade auch für  
436 Frauen – eine essenzielle Rolle. Den Zugang zu freiem Saatgut und Möglichkeiten zur lokalen  
437 Vermarktung wollen wir fördern, zum Beispiel bei der Gründung von Produktions- und  
438 Absatzgenossenschaften. Nahrungsmittel- und Wasserspekulationen werden wir stärker  
439 regulieren. Durch diese Maßnahmen kann die Abhängigkeit von Staaten vom Getreideweltmarkt  
440 reduziert werden.

441 Die Covid-19-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass resiliente Gesellschaften  
442 funktionierende soziale Sicherungssysteme brauchen. Wir wollen weltweit soziale  
443 Sicherungssysteme stärken und setzen uns dafür ein, dass ein Globaler Fonds für soziale  
444 Sicherung im Rahmen der UN-Initiative „Global Accelerator for Jobs and Social Protection“  
445 verankert wird, dessen Governance-Strukturen dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids,  
446 Tuberkulose und Malaria gleichen.

447 Wir erleben global eine dramatische Verschuldungskrise, die seit der Covid-19-Pandemie neue  
448 Ausmaße gerade in den Ländern des Globalen Südens erreicht hat. Das Schuldenmoratorium der  
449 G20 für die 77 ärmsten Länder hat einen wertvollen zeitlichen Spielraum geschaffen. Unser  
450 Ziel ist ein neuer internationaler Konsens zum Schuldenmanagement. Wir unterstützen eine  
451 Initiative für ein kodifiziertes internationales Staateninsolvenzverfahren, das öffentliche  
452 und private Gläubiger\*innen miteinbezieht und Schuldenerleichterungen für besonders  
453 gefährdete Ländergruppen vorsieht.

454 Feministische Entwicklungszusammenarbeit ist Teil der feministischen Außenpolitik und  
455 bedeutet, den Bedürfnissen der global ausgegrenzten und vulnerabelsten Menschen endlich  
456 Aufmerksamkeit zu schenken. Wir setzen uns dafür ein, dass zivilgesellschaftliche und  
457 insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus Ländern des Globalen Südens nach dem Vorbild des  
458 kanadischen „Equality Fund“ direkt gefördert werden.

459 In autokratischen Kontexten müssen wir uns schließlich bewusst sein, dass die Logik von  
460 Regimestabilisierung oft im Widerspruch zu den Zielen von gerechter und nachhaltiger  
461 Entwicklung steht. So werden finanzielle Ressourcen über Korruption und Nepotismus häufig  
462 nach Loyalitäten gegenüber einer autokratischen Staatsführung verteilt. Gerade in solchen  
463 Kontexten ist es daher besonders wichtig, sich nicht nur auf Projektebene, sondern auch in  
464 Regierungsverhandlungen für mehr Freiräume für die lokale Zivilgesellschaft, für unabhängige  
465 Medien und die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen.